

TERMINE

Ausgewählte Gesetzgebungsverfahren und Verordnungen

Laufende nationale Verfahren

Gesetz zur Anpassung der Krankenhausreform (Krankenhausreformenpassungsgesetz – KHAG)

- zustimmungsfrei -

- KH-Transformationsfonds: Finanzierung aus Mitteln des Sondervermögens statt GKV-Geldern in den Jahren 2026 bis 2035
- Ausnahmen und Kooperationen zur Sicherstellung der stationären Versorgung besonders im ländlichen Raum
- Anpassungen bei Leistungsgruppen und Qualitätskriterien
- Verlängerung von Fristen insbesondere zur Vorhaltevergütung

01.01.2026	Geplantes Inkrafttreten
21.08.2025	Verbändeanhörung BMG
05.08.2025	Referentenentwurf

Gesetz zur Befugniserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege (vormals Pflegekompetenzgesetz – PKG)

- zustimmungsfrei -

- Pflegefachpersonen erhalten mehr Befugnisse in der Versorgung – diese sollen eigenverantwortlich weitergehende Leistungen erbringen können.
- Stärkung der Pflegestrukturen und mehr Anreize für gemeinschaftliche und innovative Versorgungsformen
- Ergänzende fachfremde Regelungen u. a. zur ePA, vertragsärztlichen Notdienst (Poolärzte), Finanzierung KV-Strukturfonds

01.01.2026	Inkrafttreten
11.09.2025	1. Lesung Bundestag
06.08.2025	Kabinettsbeschluss
23.06.2025	Referentenentwurf (Pflegekompetenzgesetz)

Gesetz über die Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistentenausbildung

- zustimmungspflichtig -

- Einführung eines bundesweit einheitlichen Berufsprofils für die Pflegefachassistentenausbildung
- Anpassung des Finanzierungsverfahrens nach dem Modell des Pflegeberufgesetzes: Sozialversicherung und Pflegebedürftige (über Eigenanteile) tragen damit Großteil der Finanzierung

01.01.2027	Inkrafttreten
11.09.2025	1. Lesung Bundestag
06.08.2025	Kabinettsbeschluss
05.06.2025	Referentenentwurf

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 – HG 2025)

- zustimmungsfrei -

- Etat des BMG hat ein Gesamtvolumen von rund 19,3 Mrd. Euro
- Ergänzende überjährige Darlehen in Höhe von 2,3 Mrd. Euro für die GKV und 0,5 Mrd. Euro für die SPV vorgesehen
- Für 2025 sieht Wirtschaftsplan zum Sondervermögen Infrastruktur 1,5 Mrd. Euro als "Sofort-Transformationskosten Krankenhäuser" vor

26.09.2025	2. Durchgang Bundesrat (Fristverkürzung)
16.09. – 19.09.2025	2./3. Lesung Bundestag (Haushaltswoche)
04.09.2025	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
08.07. – 11.07.2025	1. Lesung Bundestag (Haushaltswoche)
11.07.2025	1. Durchgang Bundesrat (Fristverkürzung)
27.06.2025	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
24.06.2025	Kabinettsbeschluss

Haushaltsbegleitgesetz 2025

- zustimmungsfrei -

- u. a. Regelung zur Umsetzung des Auftrags aus dem Koalitionsvertrag zur "Schließung der Lücke bei den Sofort-Transformationskosten aus Mitteln des Sondervermögens Infrastruktur": Für die Auszahlung der Mittel soll ein Rechnungszuschlag für die Krankenhäuser gegenüber den Krankenkassen eingeführt werden

26.09.2025	2. Durchgang Bundesrat
18.09.2025	2./3. Lesung Bundestag
25.08.2025	Anhörung im Haushaltsausschuss
08.07.2025	1. Lesung Bundestag
24.06.2025	Kabinettsbeschluss Formulierungshilfe für die Fraktionen von CDU/CSU und SPD
18.06.2025	Referentenentwurf BMF

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 – HG 2026)

- zustimmungsfrei -

- Etat des BMG beläuft sich auf ein Gesamtvolumen von rund 20,09 Mrd. Euro
- Ergänzende überjährige Darlehen in Höhe von 2,3 Mrd. Euro für die GKV und 1,5 Mrd. Euro für die SPV vorgesehen
- Für 2026 sieht Wirtschaftsplan zum Sondervermögen Infrastruktur 2,5 Mrd. Euro als "Sofort-Transformationskosten Krankenhäuser" vor
- Für die Jahre 2026 bis 2029 weist Wirtschaftsplan zum Sondervermögen Infrastruktur 3,5 Mrd. Euro Bundesanteil zur Finanzierung des Krankenhaustransformationsfonds aus

19.12.2025	2. Durchgang Bundesrat
25.11. – 28.11.2025	2./3. Lesung Bundestag (Haushaltswoche)
13.11.2025	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
26.09.2025	1. Durchgang Bundesrat

23.09. – 26.09.2025	1. Lesung Bundestag (Haushaltswoche)
15.08.2025	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
30.07.2025	Kabinettsbeschluss Regierungsentwurf 2026 / Finanzplan bis 2029
24.06.2025	Kabinettsbeschluss Eckwerte Haushalt 2026

Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIKG)

- zustimmungsfrei -

- Schaffung einer langfristigen Finanzierungsgrundlage für Investitionen des Bundes zur Modernisierung Deutschlands, dazu Aufnahme von Krediten bis zu 500 Mrd. Euro möglich

01.01.2025	Inkrafttreten (rückwirkend)
26.09.2025	Abschluss Bundesrat
19.09.2025	2./3. Lesung Bundestag
25.08.2025	Anhörung im Haushaltsausschuss
11.07.2025	1. Lesung Bundestag
24.06.2025	Kabinettsbeschluss
04.06.2025	Formulierungshilfe für die Fraktionen von CDU/CSU und SPD

Gesetz zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen von Ländern und Kommunen (Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz – LuKIFG)

- zustimmungspflichtig -

- Den Ländern stehen insgesamt 100 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen für Investitionen zur Verfügung
- Investitionsbedarfe für Länder und Kommunen werden unter anderem im Krankenhausbereich und im Bereich der Rehabilitations- und Pflegeinfrastruktur gesehen

12.09.2025	Anhörung im Haushaltsausschuss
12.09.2025	1. Lesung Bundestag
11.07.2025	1. Durchgang Bundesrat
02.07.2025	Kabinettsbeschluss
02.06.2025	Referentenentwurf

Zweites Gesetz zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und zur Änderung anderer Gesetze (2. Betriebsrentenstärkungsgesetz)

- zustimmungspflichtig -

- Versicherungsträger kann in der Satzung die Möglichkeit der Online-Wahl eröffnen
- Online-Wahl nur als zusätzliche, ergänzende Option neben der Möglichkeit zur brieflichen Stimmabgabe
- Wahlberechtigte dürfen Wahlrecht nur einmal ausüben. Wird die Stimme brieflich und elektronisch abgegeben, zählt nur die elektronisch abgegebene Stimme, die briefliche ist ungültig.
- Für die Kosten kommt der jeweilige Versicherungsträger auf

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
17.06.2025	Referentenentwurf

EU-Gesetzgebung

Gesetz zu kritischen Arzneimitteln (Critical Medicines Act)

- Verbesserung der Liefersicherheit und Verfügbarkeit von kritischen Arzneimitteln und Arzneimitteln von gemeinsamem Interesse

11.03.2025	Vorschlag der EU-Kommission für einen Verordnungsentwurf für ein Gesetz zu kritischen Arzneimitteln
------------	---

EU-Pharmapaket

- Überarbeitung des europäischen Rechtsrahmens für Arzneimittel u. a. mit folgenden Kernelementen:
 - Stärkung der Verfügbarkeit und Sicherstellung des Zugangs zu sicheren, wirksamen und erschwinglichen Arzneimitteln
 - Bewahrung eines innovationsfreundlichen Umfelds für Forschung, Entwicklung und Herstellung von neuen Arzneimitteln in der EU
 - Behebung von Arzneimittelengpässen und Gewährleistung der Versorgungssicherheit
 - Einführung von Investitionsanreizen zur Schaffung eines Binnenmarktes für Arzneimittel
 - Bekämpfung von antimikrobiellen Resistenzen

20.06.2025	Einigung auf Gemeinsame Position im Rat
10.04.2024	Beschluss EP-Position zum Pharmapaket
19.03.2024	Annahme Änderungsanträge zum Pharmapaket im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des EP
13.06.2023	Beschluss des Rates zur Annahme der Empfehlung zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen
26.04.2023	Vorschlag der EU-Kommission für eine neue Richtlinie und eine neue Verordnung Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen